

## BAYERN KOMPAKT

## ADAC erwartet volle Autobahnen

**München.** In Bayern wird es zum Wochenende laut ADAC voll auf den Straßen. Reisende müssten sich auf viel Verkehr, Beeinträchtigungen und Staus einstellen, sagte ein Sprecher. Man erwarte einen „verstärkten Rückreiseverkehr“. Schwerpunkt seien die Autobahnen rund um München sowie die A8. Auf der A8 dürfte es sehr „zäh“ werden. „Dort wird es besonders schlimm“, sagte der Sprecher. Voll könne es auch auf der A93 werden. Das ganze Wochenende wird ein erhöhtes Verkehrsaufkommen erwartet, der Stau-Höhepunkt werde aber wohl der Sonntag werden. „Erfahrungsgemäß warten die Leute bis zum Sonntag mit der Rückreise.“ – lby

## Leiche im Kofferraum – Sohn unter Tatverdacht

**Raubling/Neapel.** Nach dem gewaltsamen Tod eines 60-jährigen Mannes aus dem oberbayerischen Raubling (Kreis Rosenheim) soll der in Italien als tatverdächtig festgenommene Sohn nach Deutschland ausgeliefert werden. Derzeit liefen Abstimmungen dazu auf justizieller und behördlicher Ebene, teilten Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft mit. Der 31-Jährige und sein Vater waren am Montag als vermisst gemeldet worden, auch das Auto des Vaters war verschwunden. Die Ermittler gingen rasch von einem Verbrechen aus: Zeugen hätten über verdächtige Geräusche in der gemeinsamen Wohnung von Vater und Sohn berichtet, teilten die Ermittler mit. Auch die dort gesicherten Spuren ließen schließen, dass sich dort eine Gewalttat zugetragen habe – mit dem Sohn als mutmaßlichem Täter. Der 31-Jährige war am Dienstag in Pomigliano d'Arco bei Neapel festgenommen worden. – lby

## Mann bei Brand in Haus tot geborgen

**Grafring.** Feuerwehrlente haben bei Löscharbeiten in Grafring bei München (Kreis Ebersberg) einen leblosen Mann gefunden. Bei dem 64-Jährigen konnte trotz sofort eingeleiteter Maßnahmen nur noch der Tod festgestellt werden, wie die Polizei mitteilte. Die Einsatzkräfte hatten den Mann in der Brandwohnung in einem Mehrfamilienhaus gefunden. Das Feuer war dort in der Nacht aus zunächst unbekannter Ursache ausgebrochen. Nach ersten Erkenntnissen der Ermittler handelte es sich bei dem Verstorbenen um einen alleinlebenden Bewohner des Hauses. Der Leichnam soll obduziert werden, um die Todesursache zu klären. – lby

## Nach einer Woche: Mainkofen gibt Fehler zu

Bezirksklinikum äußert sich erstmals zum Fluchtversuch eines Straftäters, der einen Obdachlosen tötete

Von Isabel Metzger

**Mainkofen/München.** Mehr als eine Woche nach dem Fluchtversuch eines Forensik-Patienten aus dem Plattlinger Kino hat nun erstmals das Bezirksklinikum Mainkofen eine Stellungnahme zu dem Vorfall abgegeben. Darin räumt Dr. Johannes Schwerdtner, seit 13 Jahren Chefarzt der Klinik für Forensische Psychiatrie und Psychotherapie, Fehler ein.

„Das Fehlen einer männlichen Begleitperson und die damit fehlende Begleitung bei dem Toilettengang war im Nachhinein der Hauptfehler in der Planung“, erklärt Schwerdtner in einer am Feiertag Mariä Himmelfahrt an die Mediengruppe Bayern gesendeten Pressemitteilung. Der Straftäter aus Somalia hatte am Donnerstag vergangener Woche den Kinobesuch, der ihm im Zuge von ersten Lockerungsmaßnahmen außerhalb des Klinikgeländes erlaubt worden war, zur Flucht genutzt. Begleitet wurde der Mann mit einer diagnostizierten paranoiden Schizophrenie ausschließlich von Frauen; er entkam seinen vier Betreuerinnen, darunter eine Psychologiestudentin, als er vorgab, zur Toilette zu müssen. Etwa acht Stunden später wurde der Somalier, der vor drei Jahren einen Obdachlosen in Regen mit 111 Messerstichen getötet und dann enthaftet hatte, von der alarmierten Polizei wieder gefasst.



„Es bestand keine Gefahr für die Bevölkerung.“

Dr. Johannes Schwerdtner  
Chefarzt der Forensik  
in Mainkofen

In diesem Zusammenhang spricht Chefarzt Schwerdtner von einem zweiten Fehler. Denn die Gefährlichkeitseinstufung des Totschlägers, den die Mitarbeiterinnen der Forensischen Klinik – ohne Rücksprache mit ihm – an die Polizei weitergegeben hätten, sei „überhöht und so nicht korrekt“ gewesen. Zum Zeitpunkt der Lockerungsmaßnahme und damit auch zum Zeitpunkt des Fluchtversuchs im Kino habe nach Einschätzung des Mainkofener Maßregelvollzugsleiters „keine Gefahr für die Bevölkerung“ bestanden. Tatsächlich wurde aber mit dem Kinobesuch eines psychisch kranken Straftäters, der



Das Bezirksklinikum Mainkofen aus der Luft: Der Fluchtversuch eines Forensik-Patienten sorgt für Verunsicherung.

– Foto: Christoph Häusler

## Integrationsbeauftragter: „Sofort abschieben“

Deggendorfer FDP-Kreisverband spricht von „inakzeptabler Verzögerung“ – Verfahren zieht sich

Von Isabel Metzger

**Mainkofen/Deggendorf.** Der Deggendorfer FDP-Kreisverband fordert die zuständigen Behörden dazu auf, den Straftäter nach seinem zweiten Fluchtversuch aus der Forensik „unverzögerlich abzuschieben“. Der Fall des Somaliers, der am Donnerstag vergangener Woche seinen vier Betreuerinnen bei einem begleiteten Ausgang ins Plattlinger Kino entkommen konnte, habe sich zu einem „erschreckenden Justiz-Verwirrspiel“ entwickelt. Während die Ausländerbehörden bestrebt seien, ihn schnellstmöglich in sein Heimatland abzuschieben, zögere die Staatsanwaltschaft Deggendorf mit der Zustimmung. „Diese Verzögerung ist aus meiner Sicht inakzeptabel“, sagt der Integrations-

sprecher des FDP-Kreisverbands, Walid Aldaikli am Freitag. Tatsächlich gibt es seit der Verurteilung des Somaliers im April 2022 – er hatte 2021 einen Obdachlosen in Regen getötet – Bestrebungen, den Mann in sein Heimatland abzuschieben. Aufgrund des Urteils des Landgerichts Deggendorf, den Somalier wegen paranoider Schizophrenie im Maßregelvollzug unterzubringen, hat das Landratsamt Regen den Mann aus Deutschland ausgewiesen und die Abschiebung angeordnet. Seither ist die Staatsanwaltschaft Deggendorf aktiv, die den Fall mehrfach prüfte und eine Abwägung vornehmen musste, was die Schwere der Tat und die Gefährlichkeit des Verurteilten betrifft. „Hierbei war zu berücksichtigen, dass der Verurteilte in seinem Heimat-

land sich in Freiheit befinden würde und keine sichere Gewähr für eine Behandlung besteht“, nennt Oberstaatsanwalt Oliver Baumgartner einen Grund.

**Somalia verlangt „Freiwilligkeitserklärung“**

Anfang des Jahres dann scheiterte ein Abschiebeversuch auch daran, dass der Somalier eine dafür notwendige „Freiwilligkeitserklärung“ nicht abgegeben hatte. Was hat es mit diesem Mitspracherecht des Straftäters auf sich? „Im Zusammenhang mit der Rückführung somalischer Staatsangehöriger in deren Herkunftsland ist die Freiwilligkeitserklärung eine formale Vorgabe der somalischen Behörden“, er-

läutert eine Sprecherin des Landesamtes für Asyl und Rückführungen auf Anfrage der Mediengruppe Bayern. „Die Freiwilligkeit muss vom Betroffenen in schriftlicher und mündlicher Form gegenüber einem Konsularmitarbeiter der somalischen Botschaft erklärt werden.“ Diese Voraussetzung hinsichtlich einer Rückführung habe nur Somalia. „Hier ist der für die auswärtigen Belange zuständige Bund gefordert, auf die Zielländer einzuwirken, um deren Kooperationsbereitschaft entsprechend zu erhöhen“, heißt es dazu weiter vom Landesamt für Asyl und Rückführungen. Inzwischen hat der Somalier selbst einen Antrag gestellt, Deutschland – er war 2018 eingereist – verlassen zu können.

bereits vor drei Jahren einen Fluchtversuch unternommen hatte, das Sicherheitsbedürfnis der Bürger erheblich verletzt, was seither Hauptgegenstand der öffentlichen Debatte ist. Das Bezirksklinikum drückt in diesem Zusammenhang sein Bedauern aus, auch darüber, dass bis heute eine große Verunsicherung herrsche.

Die Therapie des Somaliers verlaufe positiv, die Medikation sei passend, stellt der Chefarzt klar, „so dass es auch zur Planung und Durchführung von zuvor mit dem Patienten stattgefundenen externen Erprobungsmaßnahmen keinerlei Beanstandungen oder Ent-

weichungstendenzen gab“. Es werde nun intensiv an der Verbesserung der Rahmenbedingungen für Lockerungsmaßnahmen gearbeitet, betont Chefarzt Schwerdtner. So werde künftig sichergestellt, dass bei begleiteten Ausgängen eine männliche Fachkraft dabei ist. Auch die Zusammenarbeit mit der Polizei solle optimiert werden, ebenso die mit der Fachaufsicht.

Sozialministerin Ulrike Scharf (CSU), deren Ministerium die dem Bezirksklinikum übergeordnete Behörde ist, zieht indes nach dem Mainkofen-Fall Konsequenzen für ganz Bayern in Erwägung. Nach einer Sitzung mit dem Amt

für Maßregelvollzug als Fachaufsichtsbehörde am Mittwoch in München erklärt Scharf nun, dass die detaillierte Aufarbeitung mit dem Bezirk Niederbayern und allen Beteiligten noch andauere. In diesem Zusammenhang sei es ihr „wichtig, kritisch zu hinterfragen, welche Optimierungen bayernweit, z. B. im Hinblick auf Dienstleistungen oder spezifische Schulungen für die Mitarbeitenden, sinnvoll ergriffen werden müssen“. Die Verbesserung der Kommunikationsstruktur, vor allem mit der Polizei, erfolge ebenfalls. „Mit der Erarbeitung von Sicherheitsstandards beschäftigt sich bereits jetzt eine bei der Fach-

aufsicht eingerichtete Arbeitsgruppe“, betont Scharf.

Die bereits gezogenen Konsequenzen für die Forensik-Patienten in Mainkofen stoßen derweil auf Kritik. Seit Mittwoch sind Lockerungsmaßnahmen mit Personalbegleitung für Patienten der ersten Stufe, zu der auch der Somalier zählte, außerhalb des Krankenhausgeländes gestrichen. Aus dem Umfeld betroffener Menschen ist zu hören, dass die Anordnungen als Demotivation in der weiteren Therapie und als Willkür empfunden werden, schließlich würden sie damit kollektiv für eine Tat bestraft, für die sie nichts können.

## „Manchmal sind wir auch eine Selbsthilfegruppe“

Vertreter der Wirtschaftsregion Donaustädte am Gäubodenfest über ihre Herausforderungen – Straubing ist Vorreiter beim Klimaschutz

Von Melanie Bäumel-Schachtner

**Straubing.** Im kommenden Jahr feiert die Wirtschaftsregion Donaustädte ihren 30. Geburtstag. „Es zeigt, dass es sich um eine gute Idee handelt und dass in Straubing, Deggendorf, Passau und Regensburg nicht jeder nur auf sich schaut“, sagte Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr (CSU) beim Oberbürgermeistertreffen der Wirtschaftsregion am Donnerstagabend auf dem Straubinger Gäubodenfest. „Manchmal sind wir auch eine Selbsthilfegruppe, weil wir vor Zeiten stehen, die nicht einfach sind“, bekannte er. Er war der einzige OB am Treffen – die anderen hatten Urlaubsvertreter entsandt.

Daniela Bachmeier von der Wirtschaftsförderung der Stadt Straubing gab einen Überblick,



**Gaben Einblicke in aktuelle Projekte:** (von links) Regensburgs Stadtrat Dr. Thomas Burger, Straubings OB Markus Pannermayr, Passaus Bürgermeister Andreas Rother und Deggendorfs Bürgermeister Günther Pammer.

– Foto: Bäumel-Schachtner

was im Verbund derzeit passiert. Die Geschäftsführung liege derzeit bei Regensburg. Ziel sei es, gemeinsam aufzutreten, auch im

Marketing, und auf dem Gebieten der Wissenschaft und Wirtschaft zusammenzuarbeiten. Linz sei mittlerweile ausgetreten. Die

meisten Initiativen fänden im Bereich der Mint-Förderung statt, um gezielt dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. „Mit Playern vor Ort ergeben sich viele Ideen, weil der Bereich so groß ist“, so Bachmeier.

Auch Smart City sei ein Thema: „Hier können wir von Regensburg sehr viel lernen, wo das R\_next-Programm läuft.“ Detailspekte daraus seien für die anderen Donaustädte „unglaublich spannend“. Hierzu werde im Dezember wieder ein Update kommen, sicherte Daniela Bachmeier zu.

Zudem kümmere sich der Zusammenschluss um das Thema Innenstädte. Leerstände füllten sich spätestens seit Corona nicht mehr automatisch. Leerstandsmanagement, neue Handelsformen und Zielgruppenansprüche an eine moderne Innenstadt hätten sich verändert. Hier sei Deg-

gendorf federführend. Das nächste Treffen dazu ist im Oktober.

Bei Umstellungen für den Klimaschutz unterstütze die Wirtschaftsregion ihre Unternehmen ebenfalls. Hier habe Straubing den Hut auf. Aber auch Regensburg mache aus grauen Plätzen teils grüne. Deggendorf schaffe Klima-Oasen in der Innenstadt. Passau verwende Fördergelder, um ein Starkregenfrühwarnsystem zu installieren, das die Vertreter der Donaustädte im Frühjahr besichtigen werden. „Wir sind gespannt, was die anderen Städte davon lernen können“, sagte die Wirtschaftsförderin. Neu sei der Bereich Venture Capital: Hier sollen Start-Ups mit Kapitalgebern vernetzt werden.

Andreas Rother (SPD), Bürgermeister der Stadt Passau, sagte, der Zusammenschluss biete die

Chance, gemeinsam den gleichen Erfolg wie die Metropolregionen zu haben: „Das Wichtigste ist, in die Zukunft zu schauen.“ Die Bürokratie sei ein Riesenproblem für die Kommunen. Durch die Wirtschaftsregion könnten hier Ressourcen gespart werden. „Was uns eint, ist die Verantwortung für unsere Bürger und unsere Unternehmen“, erklärte Deggendorfs Bürgermeister Günther Pammer (CSU). Deggendorf stehe vor großen Herausforderungen beim Bau einer neuen Mittelschule mit Kosten von rund 63 Millionen Euro. Digitalisierung sei kein Selbstzweck, erklärte der Regensburger Stadtrat Dr. Thomas Burger (SPD). Deshalb freue man sich über flächendeckend kostenloses W-LAN in Regensburg. Der ÖPNV müsse allerdings noch attraktiver werden.